



# DER

# TRAFFO

Betriebszeitung  
des VEB  
Transformatorwerk  
„KARL LIEBKNECHT“

Ausgabe: Nr. 10  
18. Mai 1990  
0,05 Mark  
42. Jahrgang

## VVV beschloß Sozialpaket für den Vorruhestand

### Betriebsdirektor Kurt Röske informierte Vertrauensleute über die aktuelle Situation und Perspektive des TRO

Ein Mammutprogramm absolvierten die Vertrauensleute auf der VVV am 9. Mai, trotz drückender Hitze war der Saal des TRO-Klubhauses voll. Wichtige Beschlüsse waren zu fassen, der Betriebsdirektor sollte sich außerdem zur gegenwärtigen Situation des VEB TRO und zur Perspektive äußern.

Mit dem Bericht des Betriebsdirektors begann die VVV. Zunächst ging er auf die Leistungsentwicklung des TRO ein. Gegenwärtig hat der Betrieb rund 10 Millionen Mark Rückstände, das entspricht dem finanziellen Aufwand für Lohnzahlungen von mehr als zwei Monaten. Die Umsatzrückstände wurden fast ausschließlich durch den Schaltgerätebau verursacht, der nur etwa 60 Prozent seiner Vorjahresleistungen erbrachte. Gegenwärtig hat TRO 21,4 Millionen Mark Vertragsrückstände, davon 8 Millionen Mark im Export. Die Ursachen liegen nicht in der Materialversorgung, sondern in erster Linie bei uns selbst. Das prägnanteste Beispiel sind die Trenner 420 kV, die erst im Mai mit siebenmonatiger Verspätung in

die Serienproduktion gehen. Ähnliche Probleme gibt es bei den SF<sub>6</sub>-Schaltern. Der Betriebsdirektor nannte die Schlußfolgerungen: „Wer murkst, muß bezahlen. Murkst er weiter, wird er entlassen, denn es geht um die Existenz. Gleiches gilt für Leiter.“

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Trennung von Vorfertigung und Montage, vor allem für den Schaltgerätebau.

Der Betriebsdirektor informierte die Vertrauensleute über die Entscheidung, sofort alle geplanten Mittel für Lohnerhöhungen einzusetzen. Damit sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft, jetzt kann nicht mehr von Lohnfonds, sondern nur noch von Lohnkosten gesprochen werden, für die das Geld zu erwirtschaften ist.

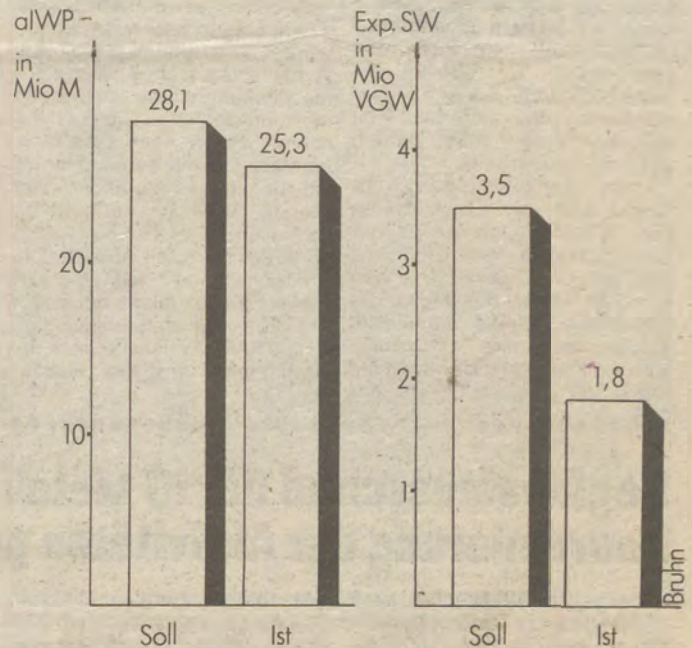
Im folgenden ging Kurt Röske auf die Aufgaben im Zusammenhang mit der Währungsunion ein. Der gesamte Reproduktionsprozeß muß darauf eingestellt werden. Viel ist zu tun, damit der Betrieb in der Lage ist, ab

dem 15. Juli Löhne von insgesamt 4,6 Millionen D-Mark zu zahlen. In diesen Tagen wird ein Programm mit genauer Verantwortlichkeit für die Währungs-umstellung im TRO erarbeitet.

Für 1991 wurden verschiedene Varianten durchgerechnet, um das zu erwartende Betriebsergebnis zu ermitteln. Unsicherheitsfaktoren wie Tarifverhandlungen und Beschäftigtenentwicklung wurden berücksichtigt. Die Ergebnisse zeigen, daß TRO bestehen kann. Auch die Bank schätzt das so ein. Voraussetzung für den Erhalt des Betriebes ist aber der Absatz unserer Produkte.

In diesen Tagen werden die Unterlagen für die Eigentums-umwandlung fertiggestellt, ab 1. Juni soll die TRO-GmbH in Gründung gehen. Mit der Zusammenstellung bzw. Wahl des Aufsichtsrates soll dann die Umwandlung vom TRO zum 31. August 1990 abgeschlossen sein.

Fortsetzung Seite 2



Erklärung der Abkürzungen: aIWP – abgesetzte industrielle Warenproduktion. Exp. SW in Mio VGW – Export SW in Millionen Valutagenwert.

## Unsere Planerfüllung im Monat April Vormonatsprobleme setzten sich fort

Die Grafik weist aus, die Probleme der Vormonats setzten sich im April fort. Absolut unbefriedigend ist das Ergebnis im Schaltgerätebau, der Erzeugnisse im Wert von rund zehn Millionen Mark zu fertigen hatte, aber nur 6,1 Millionen Mark realisierte. Aufgrund fehlender Durchführungen aus der CSFR konnte T erneut zwei vorgesehene Großtrafos nicht fertigstellen. In Rummelsburg wurden Geräte im Wert von 5,4 Millionen Mark gefertigt, hervorzuheben ist der Wandlerbau, der zusätzliche Leistungen erbrachte, während im Stufenschalterbau wiederum Rückstände auftraten. Dadurch konnte TRO seinen Exportverpflichtungen nur unzureichend nachkommen. Zusammengefaßt: Die größten Sorgen bereiteten uns im April die Positionen Stufenschalter, SF<sub>6</sub>-Schalter und Trenner.

Zu den neuen Trennern muß man sagen, nach sechs Monaten gelang es immer noch nicht, die ersten Geräte auszuliefern. Für 15 dieser Trenner 420kV wurden die Teile von V bereitgestellt, aber konstruktive und technologische Mängel sowie erforderliche Nacharbeiten in V sorgten, daß jedes Gerät von Schaltgerätebauern, Außenmonteuren und

Gütekontrolleuren einzeln, praktisch unter Laborbedingungen gefertigt werden mußte. Von einer fließenden Fertigung konnte beim besten Willen nicht die Rede sein. Hinzu kommt, der Schaltgerätebau sollte in Abstimmung mit der TKO eine detaillierte Analyse der Ursachen anfertigen, zehn Tage nach dem Termin lag sie immer noch nicht vor! Ich schließe daraus, daß die verantwortlichen Mitarbeiter nicht mit der erforderlichen Initiative und Hartnäckigkeit an die Lösung der Probleme gingen, was sich dann in schlechten ökonomischen Resultaten ausdrückte.

Setzt man das Ergebnis per April mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ins Verhältnis, zeigt sich, daß TRO 1990 sein Leistungsvermögen wesentlich schlechter ausschöpft. 1989 lag der Jahresanteil bei 31,6 Prozent, in diesem Jahr sind wir erst bei 26,3 Prozent angelangt, erforderlich wären etwa 32 Prozent gewesen. Trotz neuer Preisen schritten wir 1990 wesentlich schlechter ab als per April 1989.

Fortsetzung Seite 2

## So sah es in Kassel auch mal aus

### Kontakte BGL und Betriebsrat wurden fortgesetzt

Nachdem vor einigen Wochen in Kassel ein erster Kontakt zwischen BGL vom TRO und dem Betriebsrat der dortigen AEG geknüpft wurde, konnte nun die Betriebsgewerkschaftsleitung unseres Betriebes eine Delegation des Betriebsrates empfangen.

Die Betriebsratsangehörigen interessierten sich sehr für den Betrieb, mit dem ihre Unternehmensleitung ein Joint Venture bilden möchte. Ihr Eindruck vom TRO: Noch vor vier bis fünf Jahren sah ihr Betrieb ähnlich aus: Die Werkstraßen waren dort ebenfalls vollgestellt, die Produktion war auf mehrere Hallen verteilt, so daß ein umständlicher Transport notwendig war. Dann wurde dort investiert, die Folge davon ist die vorbildliche Ord-

nung und Sauberkeit bei ihnen, von der TROjaner, die Kassel besuchten, schwärmen.

Unsere Gäste interessierten sich selbstverständlich auch für die hier üblichen Formen der Interessenvertretung durch die Gewerkschaft. In einer Gesprächsrunde mit Gewerkschaftsfunktionären des TRO rieten sie, die Errungenschaften aus dem Arbeits- und Gewerkschaftsgesetz weitgehend zu sichern, da sie ihre Möglichkeiten der Interessenvertretung bei weitem überschreiten.

Von den Kasselern war zu erfahren, ihre Belegschaft hat durch die geplante Zusammenarbeit beider Unternehmen gleiche Sorgen wie viele TROjaner um den Arbeitsplatz.

Interessant für viele Gewerkschafter unseres Betriebes waren sicher Errungenschaften der IG Metall West. So bekommen die Metaller in der BRD 30 Tage Urlaub, Urlaubsgeld, außerdem ist es dort verboten, Frauen eine Dreischichtarbeit zuzumuten. Möglich sind solche Erleichterungen natürlich nur bei entsprechender Wirtschaftlichkeit des Betriebes.

Gewiß war dieses Treffen nicht das letzte, denn wenn beide Unternehmen eng zusammenarbeiten sollten, ist auch eine Gemeinsamkeit der Interessenvertretung wichtig.

In der kommenden Ausgabe veröffentlichen wir ein Interview mit dem Vorsitzenden des Kasseler Betriebsrates.

## VVV beschloß Sozialpaket für den Vorruhestand

Fortsetzung von Seite 1

Kurt Röske informierte weiterhin über die Kontakte zu ausländischen Firmen. Neben der AEG Kassel, die sich für eine Zusammenarbeit mit dem Schaltgerätekonzern aus Frankreich vor. Bis zur Währungsunion soll klar sein, mit welchen Firmen unser Betrieb wie zusammenarbeitet.

Unter Berücksichtigung der Kosten und der Einbeziehung von TROjanern informierte der Betriebsdirektor, daß TRO sich von einigen Objekten trennen wird. So wollen die Segler das Seglerheim kaufen, die Anglergruppe das Anglerheim. Ebenfalls aus Kostengründen wird die Fahrschule eingestellt, zumal das

Angebot außerhalb des Betriebes ständig wächst. Selbstverständlich setzt man Begonnenes bis zum Abschluß fort.

Nachdem der Betriebsdirektor einige Fragen beantwortet hatte, verlas Dr. Hohensee für den Wirtschaftsausschuß der BGL die Stellungnahme zur Eigentumsveränderung. Die Stellungnahme wird in allen Kollektiven beraten und mit eventuellen Ergänzungen und Veränderungen auf der VVV am 16. Mai beschlossen. („Der TRAF0“ berichtet in der nächsten Ausgabe.)

Anschließend zog Gerhard Hörmann eine Bilanz der Arbeit der BGL seit den Neuwahlen. „Der TRAF0“ informierte in den vergangenen Ausgaben ausführlich.

Die VVV faßte zahlreiche Beschlüsse. Sie setzte den Vorsitzenden der Berliner IG Metall auf die Kandidatenliste für die Delegiertenkonferenz, bestätigte das Sozialpaket für den Vorruhestand, sprach sich für eine Erhöhung des Grundurlaubs um ein bis zwei Tage aus. Die VVV beauftragte die BGL, sich beim Betriebsdirektor für die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche einzusetzen. Die Vertrauensleute stimmten dafür, daß der Betrieb die bisherigen gewerkschaftlichen Einrichtungen wie Klubhaus und Bücherei sowie die Rentnerbetreuung übernimmt.

Uwe Spacek

## Regionalausschuß der IG Metall für bessere Koordinierung der Aktivitäten gebildet

Die gegenwärtige, aber auch zu erwartende Entwicklungen machen neue Formen der Organisation der Interessenvertretungen erforderlich, an die vor wenigen Wochen wohl noch niemand dachte. Mit der Gründung eines gewerkschaftlichen Regionalausschusses der Bezirksverbände Berlin, Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus der Industriegewerkschaft Metall der DDR und der Industriegewerkschaft Metall der Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Berlin wurde ein wichtiger Schritt für neue Organisationsstrukturen getan. Denn die zu erwartende Verwaltungsreform, die zur Bildung von Ländern führt, erfordert eine andere Koordinierung der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Außerdem: Ein Arbeitgeberverband Berlin-Brandenburg ist bereits entstanden.

In dem gewerkschaftlichen Regionalausschuß arbeitet unser BGL-Vorsitzender Gerhard Hörmann mit. Er umreißt das Anliegen des Ausschusses: „Sicher handelt es sich bei dem Regionalausschuß um eine zeitweilige Einrichtung, mit der wir bis zur einheitlichen Interessenvertretung der Beschäftigten in der Metallwirtschaft gemeinsame Aktivitäten koordinieren und so einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation der in dieser Region lebenden und arbeitenden Menschen der Metallindustrie leisten. So unterstützen wir den Prozeß zur staatlichen Einheit Deutschlands zum Wohle der Menschen. Wir kamen überein, alle vorhandenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation und der sozialen Sicherung der Beschäftigten durchzusetzen und wirksame gewerkschaftliche Interessenvertretungen zu entwickeln. Gemeinsam wollen wir Maßnahmen und Forderungen zur Eindämmung von Schwarzarbeit und des Pendlertums sowie Anforderungen an die zukünftige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des künftigen Lan-

des Brandenburg entwickeln. Um die gewerkschaftlichen Aktivitäten besser koordinieren zu können, wurden Arbeitsausschüsse für die Bereiche der Tarif-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gebildet. Großes Augenmerk richten wir auf die Eigentumsveränderung der VEB, aber auch auf die Entwick-

lung und Förderung von Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und die Unterstützung des Aufbaus eines Sozialversicherungssystems. Uns geht es auch um Solidaritätsmaßnahmen und gegenseitige Unterstützung bei Arbeitskämpfen und Tarifauseinandersetzungen.“

## Westberliner AEG-Betriebsräte suchten aus Sorge den Kontakt

## Eine Solidaritätsaktion kam nicht zustande

Auf Initiative von Betriebsräten Westberliner AEG-Betriebe fand im März ein Treffen mit Gewerkschaftsvertretern von Betrieben der DDR, die einst zur AEG gehörten, statt. Neben TRO betrifft das KWO, LEW und EAW. Die Westberliner Interessenvertreter waren an dieser Begegnung interessiert, da bei ihnen die Sorge groß ist, daß die Kontakte der AEG zu diesen Betrieben zu einem Arbeitsstellenabbau bei ihnen führt.

Vor kurzem kam es zu einem erneuten Treff im KWO-Klubhaus. Die Westberliner unterbreiteten den Vorschlag, daß die genannten DDR-Betriebe eine Solidaritätsaktion für ihren Kampf um die 35-Stunden-Woche und um Lohnerhöhungen durchführen. Sie befürchteten, daß einerseits die geschäftlichen Beziehungen der AEG mit den DDR-Betrieben ihren Kampf erschweren und daß andererseits ihnen Aussparungen drohen.

Die Vertreter der Gewerkschaftsleitungen berichteten ih-

ren Westberliner Kollegen, daß in den DDR-Betrieben im Zusammenhang mit der Umstellung auf die Marktwirtschaft hier ebenfalls berechtigte Ängste um den eigenen Arbeitsplatz verbreitet sind. Die für solche Aktionen notwendigen Solidaritätsgefühle sind unter unseren Gewerkschaftern nicht ausgeprägt – auch eine Folge der bisherigen gewerkschaftlichen Erfahrungen.

Auch wenn man sich nicht zu einer Solidaritätsaktion entschließen konnte, die Westberliner Betriebsratsvertreter waren nicht enttäuscht. Sie sahen, hier gibt es gleiche Sorgen und ähnliche Probleme bei der Sicherung der Interessen der Kollegen. Klar ist, die Kontakte zwischen Betriebsräten und BGL wie auch zwischen IG Metall Ost und West werden fortgesetzt. Vielleicht können doch gemeinsame oder parallel laufende Aktionen künftig auf die Beine gestellt werden.

## Unsere Planerfüllung im Monat April

Fortsetzung von Seite 1

Die Konsequenz des mangelhaften Umsatzes kann Zahlungsunfähigkeit des Betriebes sein. Mit anderen Worten: Wenn es nicht gelingt, die Kollektive zu höheren Leistungen zu motivieren, bringt die Währungsumstellung erhebliche Probleme, nicht zuletzt für die Zahlung der Löhne.

Zu den positiven Ergebnissen im April zählen die zehn Loktrafos vom Mtr, die beiden SF<sub>6</sub>-Schalter 16 2/3 Hz, die 36 Wandler IT 123, die 50 Wandler ET 123, die sechs Wandler IT 245 und die neun Wandler ET 245.

Ich möchte noch einige Gedanken zu den Forderungen nach Lohnausgleich entsprechend dem Preisniveau westlicher Waren sagen. Als Konsument bin ich natürlich sehr einverstanden mit dem

Lohnausgleich angesichts des breiten westlichen Angebots mit allerdings hohen Preisen in den Geschäften. Gezahlt werden kann der Lohnausgleich aber nur bei entsprechender Leistungssteigerung.

Mir ist bekannt, daß es noch zu viele leistungshindernde Faktoren gibt, beispielsweise die zahlreichen Maschinenausfälle, seien sie noch so kurz. Allerdings erfordern sie, erst recht der monatelange Ausfall vom Karussell in V von GA wesentlich mehr Initiative, denn das können wir uns nicht leisten.

Ein Wort noch zu den Aufgaben im Mai. Erforderlich sind Erzeugnisse im Wert von mindestens 26 Millionen Mark, die auch umsatzwirksam werden müssen.

Jürgen Wille  
amt. Produktionsdirektor

## Pulver verschossen?

Hohenschönhausener SC-TSG  
TRO Oberschöne-weide 1:1

Haben die TSG-Spieler nach dem 6:3-Heimsieg gegen Motor Wildau ihr Pulver verschossen? Nach sehr gutem Spiel in der ersten Halbzeit führten die TROjaner durch ein Tor von Harry Lindner, das René Schumann ausgezeichnet vorbereitete. Eine Führung der TSG mit drei Toren wäre auf Grund der Chancen sicherlich normal gewesen.

In der zweiten Halbzeit kontrollierten die TROjaner das Spiel, jedoch ein leichtfertiger Ballverlust auf der eigenen Torauslinie führte zum überraschenden Ausgleich. In den letzten 20 Minuten mußten sich unsere Spieler strecken, um das Unentschieden zu behaupten.

In der Begegnung bestätigte sich wieder einmal die alte Fußballweisheit: Ausgelassene Chancen rächen sich meistens!

Die TSG spielte mit: Wittmack, Lehmann, Antosch, Zierus, Göllnitz, Zierus, Göllnitz, Zi-



Wir gratulieren

unseren Kolleginnen Andrea Krüger, Jeanette Fuhrig und Ute Christiann zur Geburt ihrer Töchter sowie Christine Hahn, Jaqueline Minter und Anette Hase zur Geburt ihrer Söhne. Wir wünschen den Muttis und ihren Babys Gesundheit, viel Glück und bestes Wohlergehen.

thier, Lindner, Berthold (ab 75. Sacky), Schumann, Hannig, Thomsen

Harald Lindner



Wir gratulieren

Unseren Jubilaren

... im Monat Mai

Besonders herzliche Glückwünsche gehen an Harry Hein, K, und Willy Kohn, V, zum 40jährigen Betriebsjubiläum.

Bereits 30 Jahre im TRO arbeiten: Klaus Sandow, E; Helmut Pohl, G; Hans-Herrmann Nowak, T; Heinz Ägerter, T, und Udo Müller, Q.

Auf eine 25jährige Betriebszugehörigkeit blicken zurück: Rita Pape, F; Lothar Kraatz, K; Peter Meirich, K; Ingolf Rösner, P, und Horst Straube, W.

Seit 20 Jahren im TRO arbeiten: Wolfram Klinger, O; Edltraud Brunke, S; Bernd Dietrich, I; Irmgard Böhme, V; Edith Jänke, W; Andreas Bachmann, Q, und Peter Nehl, Q.

15 Jahre im Betrieb sind: Siegfried Hassenberg, K; Monika David, N; Ute Henrichs, V, und Bernd Koladziejczyk, Q.

10 Jahre zu den TROjanern gehören: Horst von Vügt, A; Gerda Kluge, K, und Dietmar Kannengießner, W.

Herzlichen Glückwunsch!

## Neues Forum fordert einen Volksentscheid ...

... über den Verfassungsentwurf des Runden Tisches: „Eine knappe Mehrheit in der Volkskammer hat den Verfassungsentwurf des Runden Tisches ohne Aussprache vom Tisch gewischt – und das, obwohl an seiner Ausarbeitung alle Bürgerbewegungen und Parteien des Runden Tisches beteiligt waren. Die im Bündnis 90 vereinigten Bürgerbewegungen NEUES FORUM, Demokratie Jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte sowie die Grüne Partei fordern deshalb eine breite öffentliche Diskussion über den Verfassungsentwurf. Alle Bürger der DDR sind aufgerufen, sich mit ihrer Unterschrift für einen Volksentscheid einzusetzen. Für uns ist dieser Verfassungsentwurf noch nicht vom Tisch! Wir sind der Auffassung, daß er die Einheit Deutschlands weder behindert noch verzögert. Er verleiht der DDR in diesem Prozeß vielmehr die notwendige Rechtssicherheit und Würde.“

Regina Seifert sprach aus diesem Anlaß mit dem Mitglied im Arbeitsausschuß des Landessprecherrates des Neuen Forums, Herrn Klaus Wolfram. Klaus Wolfram arbeitete als Vertreter des Neuen Forums in der Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Neue Verfassung der DDR“.



runge im Oktober/November 1989.

Der Entwurf ist beileibe nicht der Entwurf der Bürgerbewegungen. Im Diskussionsprozeß in der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung“ des Runden Tisches haben alle Parteien und Bürgerbewegungen Abstriche an ihren Programmen und Zielen machen müssen. Aber daß es noch einmal möglich war, mit allen Parteien und Gruppierungen – von der CDU, SPD ..., den Bürgerbewegungen bis zur PDS – einen Entwurf auszuarbeiten, der solche Grundsätze enthält, wie Gewaltenteilung, demokratische Staatsorganisation, einen umfassenden Menschenrechtskatalog, die Gewährleistung der Bürgerrechte als wichtiges Element der Demokratie, das scheint mir die eigentliche demokratische Leistung und die politische Bedeutung zu sein, die dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches zukommt.

Und dennoch: Mit nur 12 Stimmen Mehrheit wurde seine Diskussion in der Volkskammer abgelehnt. Daß dafür keine Zeit sei, eine Begründung die mir eher fadenscheinig vorkommt, ja keinesfalls im Sinne der Demokratie ist, für die auch die Regierung nach dem 18. März angetreten ist ...

Klaus Wolfram: Daß die neue Volkskammer ihn mit einem Stimmenverhältnis von 179 zu 167 abgelehnt hat überhaupt zu behandeln, ist ein einmaliger Vorgang in der parlamentarischen Verfassungsdiskussion. Ein Verfassungsentwurf, der ein Parlament in zwei fast gleichgroße Hälften teilt, gehört in einer lebendigen Demokratie in die Ausschüsse, um dort die strittigen Punkte weiter zu behandeln und tragfähige Mehrheiten zu finden. Aber diese Reaktion des rechten Flügels der Volkskammer zeugt von mangelndem Konsenswillen bis hin zur brüskten Ablehnung der politischen Ergebnisse der Übergangszeit. Sie zeugt gleichfalls von Unreife der demokratischen Politikformen im Land. Und diese Unreife in Sachen Demokratie spricht doch eigentlich da-

für, daß wir eine Verfassung für die DDR brauchen, egal, wie lange ihre Geltungsdauer sein sollte.

**Hat der Verfassungsentwurf noch eine Chance?**

Klaus Wolfram: Die Ablehnung des Entwurfes in der Volkskammer kann meines Erachtens nicht das letzte Wort dazu sein. Wir hatten zwar nicht erwartet, daß wir schon so bald für einen solchen modernen, europäischen, von vielen Juristen auch international anerkannten Ver-

rechtskatalog als 1. Abschnitt des Verfassungsentwurfes. Dieser Grundrechtskatalog hat die Entwicklung der Menschenrechte seit dem 2. Weltkrieg und insbesondere die UNO-Menschenrechtskonventionen von 1964 in sich aufgenommen und berücksichtigt darüber hinaus neueste Entwicklungen bei Problemen des Datenschutzes, der Ökologie und der Gentechnik. Er geht damit weit über die Grundrechtsregelungen des BRD-Grundgesetzes hinaus und

Wieviel Zeit bleibt uns noch, der Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD wird so sicher kommen wie das Amen in der Kirche ...

Klaus Wolfram: Der Staatsvertrag kann im Parlament nicht eher ratifiziert werden, ehe die Verfassungsdiskussion zu Ende geführt ist. Beide berühren sämtliche Lebensinteressen der Be-

# Zeitverschwendung?

fassungsentwurf wieder gegen Regierungsparteien ankämpfen müssen. Aber wir scheuen die Auseinandersetzung nicht, finden darin eine weitere Bestätigung unseres Politikverständnisses als Bürgerbewegung.

**Wieviel Unterschriften braucht's zum Volksentscheid?**

Klaus Wolfram: Es gibt derzeit keine eindeutigen Regelungen für einen Volksentscheid. Im Entwurf ist ein Volksgesetzgebungsverfahren vorgesehen, das über ein Volksbegehren zum Volksentscheid führt. Davon ausgehend wären 750 000 Stimmen notwendig, die einer Gesetzgebungsvorlage die Behandlung im Parlament und die Ausschreibung eines Volksentscheides sichern würde. Und es scheint mir undenkbar, daß nach der Volksbewegung vom Herbst, die die politischen Verhältnisse und die neue Volkskammer hervorgebracht hat, eine Verankerung des Volksentscheides in unserem politischen Leben und anderer Elemente der direkten Demokratie endgültig abgewiesen werden können.

Ich glaube auch, daß weit mehr Unterschriften zusammenkommen werden, daß unsere Gesellschaft in ihrem Innersten immer noch demokratisch aktiv ist und die neue Konformität, die

völkerung, und daran wird sich die politische Willensbildung polarisieren. Und auch ein abgeschlossener Staatsvertrag ist nur mit der Verfassung durchsetzbar.

Der Terminvorschlag des Runden Tisches für einen Volksentscheid über den Verfassungsentwurf war der 17. Juni. Also haben wir noch etwa fünf Wochen, wo es darum geht, mit öffentlichen Mitteln eine landesweite nachdrückliche Verfassungsdiskussion zu führen.

Es ist ziemlich deutlich zu sehen, daß der Staatsvertrag gleichsam die Verfassung sein soll, die die Kohl-Regierung uns zugestehen will, wogegen der Entwurf unserer neuen Verfassung Ausdruck des politischen Selbstbewußtseins und eines aufrechten Ganges in die Einheit ist.

Der Staatsvertrag spielt ja in vielen Formulierungen ausdrücklich auf Regelungen des Verfassungsentwurfes an, z. B. das Streikrecht, das ohne ein Aussperrungsverbot gewährleistet werden soll oder der Paragraph 218, die selbstbestimmte Schwangerschaft ...

**Was sollten wir keinesfalls unter den Tisch fallen lassen?**

Klaus Wolfram: Abgesehen von den bereits genannten Punkten ist es m. E. der Menschen-

könnte durchaus Arbeitsgrundlage für die Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung sein. Ein zweiter wichtiger Regelungskomplex sind die Übergangs- und Schlußbestimmungen. Sie enthalten einen detaillierten Vorschlag für die Eigentumsformen und -rechte der DDR-Bürger, auch für den Fall, daß bundesdeutsches Recht auf dem Gebiet der DDR wirksam wird. So z. B. ist im Paragraph 131 vorgesehen, wie die sogenannten Westgrundstücke in Eigentum der bisherigen Nutzer – also der DDR-Bürger – übergehen können.

Die Übergangs- und Schlußbestimmungen behindern den Weg in die deutsche Einheit in keiner Weise, aber sie regeln ihn unter Wahrung der sozialen und politischen Interessen der Bürger unseres Landes.

**Regina Seifert**  
Anmerkung: Die Unterschriftenlisten für den Volksentscheid über den Verfassungsentwurf des Runden Tisches liegen in den Informationszentren des Neuen Forums aus (in Oberschönneweide z. B. in der Wilhelmshofstraße, ehemalige Rewa-Text-Schnellreinigung), hier können Unterschriften geleistet werden. Hier werden aber auch Listen für weitere Unterschriften-sammlungen ausgegeben.

# Engagiert für unsere Zukunft, für unsere Kinder

## Der Kinderring Berlin e. V.

Betriebe versuchen ihre Kindereinrichtungen loszuwerden, geplante Spiel- und Sportplätze sollen Parkplätzen weichen, Kinderferienlager wird es 1990 noch geben, aber im nächsten Jahr? Kommunen scheinen ihre Kinder zu vergessen! Stures Gewinndenken bestimmt immer mehr das Handeln von Direktoren, Ratsmitgliedern und Kommunalvertretern ...

Das sei stark übertrieben, meinen Sie! Sicher noch nicht bestimmend, doch erste Anzeichen lassen sich nicht leugnen. Sie sollten uns wachsam sein lassen. Kinder sind unsere Zukunft, auch in einer Marktwirtschaft, und gerade für sie sollten die sozialen Rahmenbedingungen gelten. Es darf kein Aus für unsere Kinder, für eine Politik in ihrem Sinne geben.

Den Kindern eine Lobby: Das hat sich der Kinderring Berlin e. V. auf die Fahnen geschrieben. Von engagierten Kinderfreunden wurde er im März als Landesverband gegründet. Er ist eine gemeinnützige, überkonfessionelle und überparteiliche Vereinigung von Erwachsenen, die mit Kindern und für sie tätig sein wollen. Aber nicht nur Erwachsene sind im Kinderring als Mitglieder gern gesehen, genauso auch Jugendliche ab 14 Jahren mit Lust und Liebe und Ideen für die Arbeit mit Kindern oder fetzige Omas und lustige Opas, die sich noch jung fühlen.

Der Kinderring Berlin e. V. versteht sich als Dachverband, als Koordinierungszentrum für Aktivitäten mit und für Kinder. Er ist offen für andere Gruppierungen, Initiati-



ven und Vereinigungen mit gleichen und ähnlichen Zielen. Seine Mitglieder wirken in ihren konkreten Arbeits- und Wohnbereichen für den Erhalt und den Ausbau einer kinderfreundlichen Umgebung. Sein Ziel ist die Schaffung kommunaler und ringeigener Basis- oder/und Alternativprojekte für eine kindergemäße Freizeitgestaltung. Dazu gehören der Kibula – ein Kinderbuchladen mit Kinderklub, betreute Spielplätze

oder Kinderfreizeitzentren. Ein Sommercamp wird vom 15. bis 26. August im Kindererholungszentrum am Frauensee durchgeführt, wofür sich bereits jetzt Kindergruppen mit Betreuern in der Geschäftsstelle (Chausseestraße 123, Berlin 1040) bewerben können. Eine Riesenkinder-Party steigt am 1. Juni, am Internationalen Kindertag, auf der Freilichtbühne im Volkspark Friedrichshain. Das sind erste

konkrete Vorstellungen, weitere Vorhaben sollen folgen. Doch nicht nur für erlebnisreiche, sinnvolle, kreative, Laune machende Freizeitmöglichkeiten engagieren sich die Mitglieder des Kinderringes.

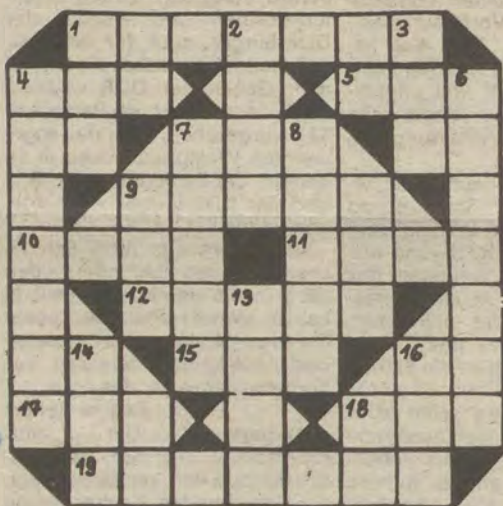
Künftig wollen sie ebenfalls in den Kommunen ein Wörtchen mitreden, damit Kinderpolitik nicht zum fünften Rad am Wagen wird. Da geht es beispielsweise um

den Erhalt bestehender Sport- und Freizeitzentren für Kinder und um ihren weiteren Ausbau, um die notwendige materielle und finanzielle Unterstützung seitens der Kommunen. Kindereinrichtungen müssen für Kinder auch weiterhin erschwinglich sein!

Und warum sollte es nicht in Zukunft Kinderbeauftragte bei den Räten der Stadtbezirke geben, die sich ganz konkret den Interessen der jüngsten Bürger unserer Stadt annehmen, mit ressortübergreifenden Kompetenzen? Kinderpolitik ist nicht nur Sache der Bildung, notfalls noch der Kultur ... Ein ehrenamtliches Gremium aus Vertretern von im Territorium wirkenden Bürgerinitiativen, Kinderorganisationen und -einrichtungen, der Ständigen Kommissionen der Stadtbezirkparlamente und der Fachbereiche der Räte könnten ihnen beratend zur Seite stehen. Kinderbeauftragte sollten das Recht haben, Vorschläge ins Stadtbezirkparlament einzubringen. Kommunale Vorhaben sollten einer Kinderfreundlichkeitsprüfung unterzogen werden. Aber auch die Kinder selbst sollten die betreffenden Fragen mitentscheiden können. Ein Kinderrat beim Rat, warum nicht? Oder ein runder Tisch für Kinder! Möglichkeiten, die der Kinderring Berlin e. V. sieht zur wirksamen Vertretung der Interessen unserer Kinder.

Doch noch steckt vieles in den sogenannten Kinderschuh, ist manches noch Idee. Zu ihrer Verwirklichung bedarf es vieler engagierter Leute in den Reihen des Kinderringes selbst. Mitglied kann jeder werden von 14 bis ..., da sind keine Grenzen gesetzt. Einzige Bedingung: die Liebe zu den Kindern, Freude an der Arbeit mit ihnen, ehrenamtlich versteht sich, 'ne Menge Ideen, ja vor allem einfach Spaß an der Sache. Der Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf 5 Mark pro Monat und Erwachsenen. Jugendliche bis 18, Rentner und Arbeitslose zahlen 1 Mark. Auch als förderndes Mitglied kann man sich eintragen lassen, und Spenden von Einzelpersonen, Betrieben, Einrichtungen, Parteien und anderen Organisationen sind ebenfalls willkommen. Wohin man sich wenden kann? Ganz einfach: Kinderring Berlin e. V., Chausseestraße 123, Berlin, 1040. Das Spendenkonto lautet 6652-32-60705 bei der Sparkasse der Stadt Berlin.

R. Seifert



### 1 muß man haben

**Waagrecht:** 1. Paarhufer, 4. weibliches Rind, 5. polnischer Schriftsteller, 7. Getränk, 9. Zeit der Eruchteinbringung, 10. Möhrenhirse, 11. Hammel-, Rinderfett, 12. Niederschlag 15. chem. Element, 16. chem. Zeichen für Aluminium, 17. schottischer Fluß, 18. Teil der Wohnung, 19. Feldhuhn.

**Senkrecht:** 1. Tschechischer Komponist, gest. 1935, 2. europäische Hauptstadt, 3. persische Rohrflöte, 4. Teil der Pferdezügelung, 6. Blattgemüse, 7. Pflanzensproß, 8. Drahtzaun, 9. Berg in der Schweiz, 13. holländischer Maler des 19. Jahrhunderts, 14. Währungseinheit, 16. Nutzfisch, 18. chem. Zeichen für Beryllium

### Auflösung aus Nr. 9/90

**Waagrecht:** 1. Ainu, 4. Tura, 7. Orgel, 8. Gala, 10. Laon, 12. Opal, 13. Anke, 14. Merk, 17. Espe, 20. Iler, 21. Beil, 22. Nitra, 23. Avis, 24. Olga.

**Senkrecht:** 1. Argo, 2. Nola, 3. Ural, 4. Tela, 5. Ulan, 6. Akne, 9. Apfel, 11. Okapi, 14. Mira, 15. Reni, 16. Kris, 17. Ebro, 18. Seal, 19. Elba.

Herausgeber: Betriebsdirektor des VEB Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“. Anschrift des Betriebes: Wilhelminenhofstraße 83-85, Berlin, 1160.

Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 5012 B des Magistrats von Berlin, Hauptstadt der DDR. Satz und Druck: Druckzentrum Berlin - Grafischer Großbetrieb.

1. Redakteur: Uwe Spacek, Redaktionssekretärin: Ingrid Winter. Fotos: Redaktion, Olaf Bruhn, Archiv. Redaktion: Zimmer 244, Tel. 6 39 25 34 und 25 35.

Redaktionsschluß für diese Ausgabe der Betriebszeitung war der 13. Mai 1990. Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Juni 1990.